

Jährlich grüsst das Murmeltier

Vor jedem neuen Schuljahr zittern Baselbieter Schulen, ob sie die offenen Stellen besetzen können. Was unternimmt der Kanton dagegen?

Maria-Elisa Schrade

Der Lehrpersonenmangel im Kanton Baselstadt ist ein Dauerthema. Vor jedem neuen Schuljahresbeginn ringen vor allem ländlich gelegene Primarschulen darum, frei gewordene Stellen mit qualifizierten Lehr- und Fachpersonen zu besetzen. Baselstadt ist mit diesem Problem nicht allein, denn die Ursache ist vor allem eine demografische. Gehen die Babyboomer in den kommenden Jahren in Rente, wird sich die Situation nochmals deutlich verschärfen.

Gemäss Angaben des Bundesamts für Statistik steigt der schweizweite Bedarf an Primarlehrpersonen bis 2031 um sechs Prozent. In Baselstadt nimmt der Bedarf im selben Zeitraum voraussichtlich um drei Prozent zu, an den Sekundarschulen werden fünf Prozent mehr Lehrpersonen benötigt. Da hilft nicht, dass immer mehr Lehrerinnen und Lehrer über schlechte Arbeitsbedingungen klagen. Das Image des Berufs ist angeschlagen. So weit, so bekannt. Die entscheidende Frage ist: Was wird dagegen unternommen?

Um dieses Problem in den Griff zu kriegen, hat Baselstadt bereits im November 2021 eine Arbeitsgruppe aus Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertretungen gebildet, die sowohl Sofortmassnahmen zur kurzfristigen Entlastung als auch nachhaltige Lösungen entwickeln soll. Für die Projektleitung hat der Kanton allerdings nur 20 zusätzliche Stellenprozent geschaffen. «Alle weiteren Aufwände werden mit bestehenden Ressourcen geleistet und nicht spezifisch erfasst», schreibt die Bildungsdirektion auf Nachfrage.

Zu lange zu wenig unternommen

Entsprechend passierte zumindest in der Wahrnehmung des SP-Landrats und Sekundarschullehrers Jan Kirchmayr zunächst nicht viel. Dieser monierte in einem Vorstoss zum Lehrpersonenmangel vom April 2023, im vergangenen Jahr seien wenig bis gar keine Massnahmen umgesetzt und/oder kommuniziert worden. Kirchmayr kritisierte: Abgesehen von einer Image-Kampagne und Massnahmen für den erleichterten Be-



Lehrpersonen sind schweizweit Mangelware. Auf Primarstufe fehlen vor allem männliche. Symbolbild: Peter Schneider

rufseinstieg seien keine weiteren Schritte zur Attraktivitätssteigerung des Lehrberufs in Sicht. Kurz nach besagtem Vorstoss, im Juni 2023, wurde schliesslich doch das erste Massnahmenpaket durch den Regierungsrat beschlossen. Aber wie sieht es heute mit der Umsetzung aus? Eine Recherche dieser Zeitung zeigt: Nicht so düster, wie vom SP-Landrat prognostiziert.

So wurde für alle kantonalen Lehrpersonen ein Job-Ticket ein-

geführt. Ausserdem soll zum Schuljahresbeginn 2024/25 die «einfache Agendaführung» für Tätigkeiten ausserhalb des Unterrichts abgeschafft und Vertrauensarbeitszeit eingeführt werden, um die administrativen Aufgaben zu reduzieren. Darüber hinaus ermöglicht der Kanton den Schulen ohne finanziellen Mehraufwand den Einsatz von Lehrpersonen als Springern, damit bei Ausfällen schnell eine Stellvertretung gefunden ist.

Auf Primarstufe gab es eine generelle Lohnerhöhung um 0,5 Prozent. Ausserdem müssen Klassenlehrpersonen eine Lektion weniger pro Woche unterrichten. Doch der Lehr- und Fachkräftemangel ist nicht nur in den Primarschulen, sondern zunehmend auch auf der Sekundarstufe I zu spüren. Dort fehlen vor allem Heilpädagoginnen, Logopäden und Lehrpersonen für Deutsch als Zweitsprache.

Coaching und Zivildienstleistende

Zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen auf der Sekundarstufe I wurden daher bereits im Januar 2023 altrechtlich ausgebildete Lehrpersonen des Leistungszugs A neuerechtlich ausgebildeten Lehrpersonen gleichgestellt. Ausserdem können nun Lehrpersonen, die für die Sekundarstufe II ausgebildet sind, auch dann entsprechend entlohnt werden, wenn sie auf Sekundarstufe I unterrichten.

Ab dem Schuljahr 2024/25 besteht an der Sekundarstufe I ausserdem die Möglichkeit, Berufseinstiegenden im ersten

Jahr eine erfahrene Lehrperson mit bis zu 30 Stunden als Begleitung zur Verfügung zu stellen. Neu angestellte Lehrpersonen ohne Lehrdiplom können zudem an einem Coaching der Pädagogischen Hochschule (PH) der FHNW teilnehmen. Darüber hinaus startet die Bildungsdirektion einen Pilotversuch: An fünf Sekundarschulen sollen Zivildienstleistende zur Entlastung der Lehrpersonen Assistenz- und Administrativaufgaben übernehmen.

Schliesslich wird viel Hoffnung in die neuen Studienvarianten an der PH FHNW für Quereinsteigende und einen beschleunigten Berufseinstieg auf der Sekundarstufe I gesteckt. Die Wirkung wird sich aber erst in Jahren zeigen. Was von all dem bei den Schulen in der Praxis tatsächlich ankommt, ist aktuell kaum einzuschätzen. Eines ist aber schon jetzt klar: Um den Lehr- und Fachpersonenmangel langfristig abzuwenden, dürften viele weitere Massnahmen nötig sein. Daran kann auch eine Image-Kampagne nichts ändern.